

Presseerklärung der AG Frieden zum Offener Brief an die Ministerpräsidentin zu Bundeswehrwerbung/Militarisierung der Gesellschaft vom 12. Juni 2014 (Brief s.u./Anhang)

AGF fordert Ministerpräsidentin auf, sich gegen Militärwerbung zu positionieren: „Kein Gelöbnis, keine Militärshows - Für Schulen ohne Militär!“

„Wir beobachten mit Sorge eine Zunahme von Bundeswehrwerbung besonders für Jugendliche sowie die zur Schaustellung von Militär, die Förderung militärischen Denkens und militärischer Mittel.“ so Hermann Anell vom Vorstand der AG Frieden Trier. „Die Ministerpräsidentin unterstützt und fördert Militär und Bundeswehr wie u.a. die Pressemitteilung „Gute Beziehungen pflegen“ belegt, worin Frau Dreyer Rheinland-Pfalz als ein „bundeswehrfreundliches“ Land bezeichnet und die Arbeit der Jugendoffiziere an Schulen lobt.“ kritisiert die Friedensgruppe aus Trier in ihrem offenen Brief vom 12. Juni 2014.

Aktuell wundert und verärgert die AGF besonders ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr am 24. Juni am rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz: „Wir beteiligen uns an den Protesten gegen dieses öffentliche Gelöbnis, das wir als Teil der Militarisierung der Gesellschaft ablehnen, es wirbt für Auslandseinsätze. Ein öffentliches Militärgelöbnis im Gedenkjahr an den Beginn des Ersten Weltkriegs durchzuführen ist für uns zudem besonders geschmacklos und deplaziert.“ so die AG Frieden in ihrem offenen Brief. Sie fordert: „Wir wünschen uns, dass das Gelöbnis nicht als öffentliche Veranstaltung stattfindet, wir wünschen uns, dass es gar nicht stattfindet und dass es nicht von Ihnen unterstützt wird.“

Ein weiterer Kritikpunkt der AG Frieden ist der verstärkte Werbefeldzug der Bundeswehr besonders gegenüber Jugendlichen: „Die Bundeswehrwerbung beginnt mit der Weitergabe der Daten aller 17-Jähriger durch die Einwohnermeldeämter an die Bundeswehr zwecks Rekrutierung. Dass auch 17-Jährige rekrutiert werden, verstößt gegen die UN-Kinderschutzkonvention!“ so Markus Pflüger und weiter: „Als AGF lehnen wir den umfassenden Werbefeldzug der Bundeswehr ab: vom Internet, über Werbeanzeigen und Schulbesuche, über Sport- und Musik-Events, mit Info-Trucks und -ständen auf Schulhöfen sowie Marktplätzen bis zu Berufsmessen, aber auch in Arbeitsagenturen und schließlich durch die Militärshow auf dem Rheinland-Pfalz-Tag werden v.a. Jugendliche geworben und rekrutiert. Dabei soll zudem die schlechte Akzeptanz der Auslandseinsätze und das Image der Bundeswehr verbessert werden.“

Sabine Welter vom AGF-Vorstand kritisiert: „Junge Menschen können nicht wirklich einschätzen was der Soldatenberuf bedeutet – Gefahr für Leib und Leben, zunehmende Traumatisierungen und letztendlich die Bereitschaft zu Töten. Wir lehnen Rekrutierung und Auslandseinsätze ab, diese dienen in erster Linie wirtschaftlichen Interessen!“

Die AGF fordert die Rücknahme der Bundeswehr-Schul-Kooperation und militärfreie Schulen: „Sorgen Sie dafür, dass Friedensbildung an Schulen gefördert und nicht dem militärischen Denken und Handeln Vorschub geleistet wird, in dem die Landesregierung Bundeswehrbesuche an Schulen empfiehlt und fördert. Auch die Militärshow auf dem Rheinland-Pfalz-Tag und das bevorstehende öffentliche Bundeswehrgelöbnis lehnen wir ab und bitten Sie sich dagegen zu positionieren. Die Widerspruchsmöglichkeit gegen die Weitergabe der Daten 17-Jähriger an die Bundeswehr muss bekannter werden.“

Ansprechpartner für Rückfragen: Markus Pflüger Tel. 0651-9941017 oder Handy: 0172 7379388
Informationen: www.agf-trier.de www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de mainz.geloebnix.de